

ern eintreten. Vom Marineministerium wird nämlich die demselben seit 1836 übertragen gewesene Colonialverwaltung wieder getrennt und mit dem Ministerium des Innern, bisher ministerio de la gobernacion de la Peninsula genannt, vereinigt, das aber hinführo ministerio de la gobernacion del Reino heißt.

Ein Circular des Handelsministers benachrichtigt den Handelsstand officiell, daß die Regierung weit entfernt, die vom General Flores gegen Ecuador beabsichtigte Expedition zu begünstigen, sich nicht nur sofort gegen dieselbe erklärt habe, sondern derselben auch, so weit es in ihrer Macht gestanden, entgegengetreten sei. Zugleich habe man die von Spanien anerkannten sowie auch die noch nicht anerkannten amerikanischen Republiken von den freundschaftlichen Gesinnungen Spaniens benachrichtigt, und der Handelsstand werde sonach nichts zu besorgen haben.

Großbritannien.

London, 16. Febr.

Das Oberhaus beschäftigte sich gestern in Gestalt von bloßer Besprechung mit den vom Bischof von St. Asaph oder dem Bischof von Bangor zu vergebenden und bekleideten Pfründen; mit dem Einflusse, den etwa die Annahme der in gegenwärtiger Session vorliegenden Eisenbahnbills auf die Geldverhältnisse des Landes haben könnte; mit dem Andrang irischer Armer nach Liverpool (vom 13. Jan. bis 11. Febr. kamen 27,012 dort an), und befaßte sich von mehreren über diese Gegenstände verlangten Nachweisen. Die Bill über die Verwendung von Zucker bei der Branntweimbrennerei und die wegen Unterstützung kranker Armer außerhalb der Arbeitshäuser in Irland erhalten die zweite Lesung. Das Unterhaus beförderte mehrere Privatbills. Der Staatssecretair des Innern, Sir G. Grey, erklärte auf Anfrage, daß die Regierung einige Veränderungen in den Factory Acten in Betreff der Erziehung in Fabriken beschäftigter Kinder beabsichtige und deshalb vermuthlich eine Bill einbringen werde. Die vertagte Debatte über Lord George Bentinck's irische Eisenbahnbill wurde fortgesetzt, ohne zum Schlusse zu kommen. Alderman Thompson, Hr. Newdegate, J. D'Connell, am ausführlichsten D'Israeli, traten für die zweite Lesung der Bill auf, gegen welche die H. W. Brown, Oberst Mure, Fr. French, W. Molesworth und Shaw sich aussprachen. Das Haus vertagte sich bald nach 12 Uhr, ohne daß ein Mitglied der Regierung das Wort genommen hätte.

Die Times schenkt den neuen ständischen Einrichtungen in Preußen eine fortgesetzte und wohlwollende Aufmerksamkeit. „Wenn man annehmen wollte, schreibt die Times in ihrem neuesten Artikel, die kätzlich vom Könige von Preußen wegen Berufung der Vereinigten Stände des Königreichs, die im April zu Berlin sich versammeln sollen, erlassenen Verordnungen sollten die Gesamtsumme der politischen Freiheiten Preußens umfassen, so würde das gleich unrichtig und ungerecht sein. Diese Verordnungen sind nicht mehr als ein Fragment der constitutionellen Entwicklung der preussischen Monarchie, und wenn wir gleich die Bedeutung derselben nicht gering angeschlagen, ist doch einleuchtend, daß sie verhältnißmäßig werthlos sein würden, wenn sie allein ständen und nicht Theile eines nationalen Systems von Selbstregierung wären, genau verknüpft mit andern bestehenden Institutionen des Königreichs und eine vollständigere Erfüllung der Hoffnungen der Nation verheißend. In neuern Zeiten ist man gewohnt worden, den Fortschritt freier Institutionen mit papierenen Verfassungen in Verbindung zu sehen, und daß eine Charte, welche auf einem Stücke Pergament das ganze organische Gesetz eines Reichs enthält, als die natürliche Garantie von volksthümlicher Regierung betrachtet wird. Solche Charten werden leicht gewährt, leicht verändert, leicht verletzt und leicht beseitigt. Mit Ausnahme der Verfassung der Vereinigten Staaten, welche die erste dieser Reihe war, gibt es nicht eine, in Frankreich, Spanien, Portugal, Polen, Krakau und sonst wo, welche nicht in 25 Jahren nach ihrer Veröffentlichung verändert oder vernichtet worden wäre. Es ist überflüssig, hinzuzufügen, daß, wenn wir auf Nationen blicken, wo verfassungsmäßige Freiheit die tiefsten Wurzeln geschlagen und den Wechselfällen der Jahrhunderte und Angriffen der Gewalt Stand gehalten hat, diese Nationen ihre Rechte nicht auf ein einzelnes Instrument stützen, ihre Freiheiten nicht auf eine einzelne Verpflichtung bauen, und ihre gegenwärtige Lage, die Gott gegeben, nicht dem Umstande zuschreiben haben, daß sie der Gewährung einer Charte die Selbstregierung zu danken hatten, sondern daß diese vielmehr den Gewohnheiten des Volks selbst inne wohnte. Es geht aus verschiedenen Erklärungen des Königs von Preußen, sowie aus seinen jüngsten Maßregeln hervor, daß er nicht geneigt ist, seinen Unterthanen eine Verfassung nach französischem Muster zu verleihen, sondern sich aufrichtig bemüht, das Wachstum jener verfassungsmäßigen Rechte zu fördern und ihre Aufrechterhaltung zu sichern, welche vielmehr eine Wiederbelebung der alten Institutionen der germanischen Völker als eine Schöpfung moderner Politik sind; sodas in Verfolgung dieses Plans, geleitet durch den Patriotismus des Soverains, unterstützt durch die Loyalität und Ehrenhaftigkeit des Volks, die preussische Verfassung im Lande Wurzeln schlagen und sich begründen wird, nicht als eine exotische Pflanze, die Frucht einer Nacht, sondern als die Giche unserer gemeinsamen Väter, welche jede ihrer Lebenskräfte aus dem Boden gezogen hat, wo sie steht. Dies ist der Gedanke, welcher lange den Geist jedes aufgeklärten preussischen Staatsmannes erfüllt hat, das ist die ihnen gewordene Aufgabe. Der König selbst eignete sich diese umfassenden Principien von Niebuhr, Stein und Andern an, die sein frühestes Vertrauen genossen, und seine letzten Handlungen sind nichts mehr als ein Beitrag zu dem großen Baue, den sie im Sinne hatten. Belang und Werth der repräsentativen Form, wie sie dem preussischen Volke jetzt gesichert sind, beurtheilen wollen; erfordert daher nicht bloß Prüfung derselben an sich, sondern im Zusammen-

hänge mit dem ganzen Zwecke, den zu befördern sie bestimmt sind, und mit den andern Institutionen, zu denen sie gehören. Unmöglich ist es, sie richtig zu würdigen ohne einen kurzen Ueberblick der innern Geschichte von Preußen seit 40 Jahren.“ Dieser folgt hier in der Times, die darin von neuem an Niebuhr's, an Stein's politische Grundsätze und wie der Letztere alle Knechtschaft im Volke beseitigt und die Gleichheit vor dem Gesetze hergestellt wissen wollte, erinnert und schließlich bemerkt: „Ohne Zweifel sind einige Folgen constitutioneller Regierung, mit welchen wir am meisten vertraut sind, die Bildung von Parteien, der Sturz von Ministerien, der Streit um Aemter, das Fieber der Debatten. Aber obgleich dies die Begleiter verfassungsmäßiger Freiheit sind, so machen sie doch nur einen sehr kleinen Theil dieser Freiheit selbst aus. In Frankreich bestehen sie ohne viel vom Wesentlichen der Freiheit und in Verbindung mit Dem, was wir administrativen Despotismus nennen würden. Preußen mag noch in der Kundgebung dieser Art parlamentarischer Macht weit hinter andern constitutionellen Ländern zurückstehen und doch dabei kaum weniger weit in der Bildung und dem Einflusse jener erleuchteten öffentlichen Meinung vorgerückt sein, welche in Wahrheit die Gesellschaft regieren sollte. Preußen entbehrt noch mancher der wesentlichsten Bedingungen und Folgen der Freiheit, aber wenn sein König und Volk treu zusammenhalten, so hat es Das, woraus alle andern Rechte und Wohlthaten hervorgehen.“

Die Times bemerkt über die Nachricht von Dom Miguel's Entfernung von Rom, daß sie auf Grund ihrer Correspondenz glauben möchte, er sei direct nach Portugal gegangen. Sollte der königliche Flüchtling jedoch sich, wie es heiße, in England befinden, so werde jene Wachsamkeit, welche das Absegeln der Expedition des Generals Flores und neuerlich die Sendung von Waffen und Munition nach Portugal verhütete, hoffentlich hinreichen, dieses Land vor einer neuen revolutionären Unternehmung des grundlossten aller Prätendenten zu bewahren.

Frankreich.

Paris, 17. Febr.

Es sind heute viele Zeitungen nicht erschienen, weil des gestrigen Fastnachtsdienstags wegen in mehreren Officinen nicht gearbeitet worden ist. Constitutionnel, Epoque, Esprit public, Reform gehören zu denen, welche nicht ausgegeben wurden. Das Journal des Débats hat einen langen Artikel zur Rechtfertigung der innern Politik der Regierung, der nichts Neues darbietet und damit schließt, daß die Mehrheit Reformen auszuführen und nöthigenfalls zu fordern wissen werde, wenn der Zeitpunkt dazu gekommen sei. Sie werde aber nicht dulden, daß andere und eine ohnmächtige Opposition sie in ihrem Namen und ohne ihre Zustimmung fodere. Die „Presse“ sichts abermals für die spanischen Peirathen besonders gegen Hr. Thiers und den Constitutionnel. Sie nimmt außerdem von einer Aeußerung in Galignani's Messenger Notiz, der die behauptete Verbindung der Oppositionsblätter mit der britischen Botschaft abgelehnt hatte, und glaubt als Beweis davon behaupten zu können, daß der Constitutionnel drei Monate vor der Veröffentlichung der Depesche Lord Normanby's vom 25. Sept. dieselbe gekannt habe. Der Messenger weist die Angabe zurück, daß er seine frühern Bemerkungen auf Betriech der britischen Botschaft gemacht habe, und behauptet seine directe sowol wie indirecte Unabhängigkeit.

Der Deputierte Hr. B. Fould will den Antrag an die Kammer bringen, die von der Amortisationskasse zu bewirkenden Anläufe von Staatsschuld effecten auf die Hälfte so lange zu vermindern, bis das Gleichgewicht im Budget hergestellt sein werde. Das Ministerium, heißt es, wolle sich jedoch Dem widersetzen, weil es den Vorschlag dem öffentlichen Credit für nachtheilig hält.

Man glaubt, daß der Prinz von Joinville bald nach Toulon gehen werde, um die dortigen Marinerüstungen zu inspiciere.

Das Journal des Débats widmet dem Berichte über die Wirksamkeit der Bank von Frankreich im vorigen Jahre (Nr. 52) einen langen Artikel, rühmt die großen Erleichterungen, welche sie dem Handelsverkehre gewährt, ist aber unzufrieden mit den von der Bank in letzter Zeit, wo ihr Vorrath sich schnell verminderte, ergriffenen Maßregeln. Dahin gehörte namentlich die Erhöhung des Disconto von 4 auf 5 Proc., die dem Journal des Débats als nothwendig von drückendem Einflusse auf Industrie und Handel erscheint. Ferner glaubt das ministerielle Blatt, die Ausgabe von 100- und 200-Francs-Noten, wozu die Autorisation durch ein Gesetz schnell zu erlangen gewesen und noch zu erlangen sein würde, oder die auf ihre Kosten zu veranlassende Ausgabe von 50 Mill. Schatzbons auf sechs Monate Ziel, hätten ihr zuerst nicht so viel gekostet als die binnen drei Monaten zurückzahlenden 25 Mill., die sie in England angeliehen hat. Endlich aber erscheine es als ein Widerspruch mit den Bestimmungen der Fonds einer Bank, daß sie in Zeiten wie die jetzigen 70 Mill. Fr. in Renten anstatt in baaren Vorräthen liegen habe, zumal da sie bei den fortwährend stattgefundenen Gesuchen nach Renten an der Börse dieselben hätte vorthellhaft abgeben können. Es begreife sich eine solche Anlage von Bankfonds, wenn eben mehr vorhanden wären als man anzulegen vermöge; außerdem aber gezieme sich, daß die Bank ihr gesammttes Capital disponibel mache und halte.

Das Journal des Débats zeigt sehr augenfällig an, der französische Botschafter in London, Graf Ste. Aulaire, habe am 13. Febr. die Ehre gehabt, bei der Königin zu speisen, und Prinz Albert, der Herzog und die Herzogin von Cambridge sowie Lord Clarendon wären mit bei Tafel gewesen. Von der Königin habe der Graf sich zur Abendgesellschaft bei Lord Palmerston begeben.

Graf Montalembert hat dem Bureau der Pairskammer eine Bittschrift um Aufhebung der Sklaverei in den französischen Colonien über-